

Stadtarchiv Ratingen und Stadtarchiv Velbert

Projekt: Zeitenblicke. Alltag und Politik in der Weimarer Republik im Spiegel der Lokalpresse

**Velbert, Langenberg und Neviges in der Weimarer
Republik
(1918-1933)**

Ekaterine Horn

Inhaltsverzeichnis

1.	Die politische Neuorientierung – 1918/19	3
2.	Die Krisenjahre (1920-1923)	
2.1	Kapp-Putsch und Bürgerkrieg	4
2.2	Französische Besetzung	5
3.	Die trügerischen guten Jahre (1924-1929)	
3.1	Velbert	7
3.2	Langenberg	8
3.3	Neviges	9
4.	Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)	9
5.	Reichstagswahlen vom 20.05.1928, 14.09.1930 und 31.07.1932	11
6.	Daten	12
7.	Die Parteien	13

1. Die politische Neuorientierung – 1918/19

Nach dem verlorenen Krieg, den die deutsche Bevölkerung durch die kaiserliche Siegespropaganda nicht wahrnehmen wollte, war Deutschland kriegsmüde und ausgehungert. Vom Matrosenaufstand in Wilhelmshaven Ende Oktober 1918 war der Funke der Revolution in wenigen Tagen auf fast alle Städte im Reich übersprungen und erfasste am 7. November 1918 die Garnison in Köln. Von dort aus griff der Aufruhr sehr rasch auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet über und erreichte die drei niederbergischen Städte Langenberg, Neviges und Velbert.

Zeitgleich erfolgte der Sturz der Dynastie der Wittelsbacher in München. Am 9. November ließ Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankungserklärung des Kaisers veröffentlichen und übertrug die Regierungsgeschäfte an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD. Am selben Abend rief Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstags die Republik aus.

Im Vergleich zu den großen Städten verlief die Revolution in den kleineren Städten verhältnismäßig ruhig. Nach einer Demonstration der Arbeiter in Velbert, bei dem die Demonstranten eine rote Flagge auf dem Balkon des Rathauses hochgezogen hatten, wurde am 11. November ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung versuchte dieser die enormen Probleme der Nachkriegszeit und die daraus folgende katastrophale wirtschaftliche Lage zu bewältigen. Überall herrschten Hungers- und Wohnungsnot, es drohte massive Erwerbslosigkeit. Die massenhafte Rückkehr der durch den Krieg traumatisierten Soldaten erschwerte noch die bereits bestehende desaströse Situation. In Langenberg wurden von durchziehenden Truppen 316 Offiziere und 6.172 Soldaten und in Velbert 376 Offiziere und 8.613 Soldaten einquartiert. Ebenso mussten die nach Langenberg, Neviges und Velbert heimkehrenden Soldaten versorgt und wieder ins Arbeitsleben aufgenommen werden.

Zum Jahreswechsel 1918/19 lösten sich die Velberter Arbeiter- und Soldatenräte auf, auch die in Langenberg und Neviges verloren ihre Bedeutung. Unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung wurde in Velbert die politische Rechte aktiv, in Langenberg bildeten sich die Ortsgruppen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Erstmals in der deutschen Geschichte wurden in allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen am 19. Januar 1919 auch Frauen zugelassen.

In Velbert erhielt die SPD etwa 41% (Reichsdurchschnitt – 37,9%), die USPD etwa 19% (Reichsdurchschnitt – 7,6%), die DDP 12,1% (Reichsdurchschnitt – 18,5%) und das Zentrum 12,9% (Reichsdurchschnitt – 19,7%). Das Wahlbündnis aus DNVP und DVP erreichte 14,9%.

In Langenberg errang die SPD etwa 47%. Zweitstärkste Partei war das Wahlbündnis aus DNVP und DVP, das 27,6% erzielte. Die USPD erhielt nur etwa 3,4%, die DDP 11,9% und das Zentrum etwa 10%.

In Neviges erreichte die SPD 28,2%, das Wahlbündnis aus DNVP und DVP 25,6%, USPD 23,5% und DDP 4,9%. Im Vergleich zu den Ergebnissen von Velbert und Langenberg errang das Zentrum hier mit 17,8% deutlich mehr Prozentpunkte.

Der Spartakusaufstand in Berlin im Januar 1919 und die daraus folgenden revolutionären Unruhen, Massenstreiks und kommunistischen Revolten im Ruhrgebiet beeinflussten den Wahlablauf in den niederbergischen Städten. Die Bürgerliche und besonders die Rechtsparteien griffen die Sozialdemokraten scharf an und bezichtigten sie die Verursacher der chaotischen politischen Zustände im Reich zu sein. In einer Anzeige der Rechten hieß es folgendermaßen: “Die Sozialdemokratie ist an allem Schuld“.¹ Vor der Preußenwahl wurde die Agitation so scharf, dass der Arbeiter- und Soldatenrat die Herausgabe der Velberter Zeitung für drei Tage einstellte und die Vorsitzenden der Rechtsparteien zeitweilig verhaftet werden mussten. Die Bekanntgabe der Bedingungen des Versailler Vertrages löste wie im ganzen Reich auch in den drei Städten große Empörung aus, die in massiven Protestaktionen zum Ausdruck kam.

2. Die Krisenjahre (1920-1923)

2.1 Kapp-Putsch und Bürgerkrieg

Die Nachricht über den Kapp-Putsch in Berlin am 13. März 1920 sorgte in den drei niederbergischen Städten für große Aufregung. Der von der Regierung ausgerufene Generalstreik führte auch hier zu massiven Arbeitsniederlegungen. Nach vier Tagen sahen die Putschisten ein, dass sie verloren hatten. Im Ruhrgebiet formierte sich dagegen eine “Rote Armee“, die einige Wochen lang große Teile des Industriegebietes besetzt hielt und sich mit den von der Regierung eingesetzten Freikorps blutige Gefechte lieferte. Am 16. März 1920 kam es zwischen einer Reichswehreinheit und bewaffneten Velberter Arbeitern am Dalbecksbaum zu Kämpfen, wobei drei Reichswehrsoldaten und zwei Arbeiter ums Leben kamen. Der “Roten Armee“ schlossen sich etwa 250 Velberter Arbeiter an, die am Niederrhein bei Dinslaken und vor der Festung Wesel kämpften. Schließlich wurden Freikorps und starke Reichswehreinheiten zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt, die

¹ Velberter Zeitung vom 18.11.1919. (Gemeinsame Anzeige von DNVP und DVP)

die Aufständischen Anfang April teilweise mit brutaler Gewalt unterwarfen. Bis zum Frühjahr herrschten in Velbert bürgerkriegsähnliche Zustände.

Im Zuge eines Kommunistenputsches wurde am 20. August 1920 die Rätediktatur ausgerufen. Nach einer Auseinandersetzung in der Fabrik Tiefenthal zogen etwa 60 unbewaffnete Demonstranten vor das Rathaus. Dort hielt Wilhelm Graß, Führer der kleinen Velberter Ortsgruppe der Kommunistischen Arbeiterpartei, einen kurzen Vortrag. Nach seiner Rede marschierten mehrere bewaffnete Arbeiter ins Rathaus ein und belagerten die Stadtkasse, die Telefonzentrale und ein Büro. Die Sicherheitspolizei aus Essen schlug einen Tag später den Putschversuch nieder, der in Velbert als "Graß-Putsch" bezeichnet wurde.

Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 unterstrichen in den drei niederbergischen Städten die Veränderung des politischen Klimas. Gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 verlor die SPD massiv an Stimmen, ebenso musste die DDP merkliche Verluste hinnehmen. Gewinne erzielten dagegen die USPD und vor allem die DNVP, die DVP und das Zentrum.

2.2 Die Ruhrbesetzung

Als Deutschland die Wiedergutmachungsleistungen ablehnte, die 132 Milliarden Goldmark betrug, besetzten französische und belgische Truppen im Januar zunächst Essen und Gelsenkirchen, im März 1921 Düsseldorf, Duisburg und letztlich das ganze Ruhrgebiet. In Deutschland erhob sich ein Sturm der Entrüstung, die Regierung protestierte gegen die Unrechtmäßigkeit der Besetzung und rief die Bevölkerung des besetzten Gebiets zum passiven Widerstand auf. Arbeiter, Angestellte und Beamten sollten sich den Anordnungen der Besatzungsmacht widersetzen.

Die drei niederbergischen Städte zählten zum besetzten Gebiet und auch hier fanden mehrere Protestaktionen statt. Am 14. Januar 1923 rückten die französischen Truppen in Velbert, Langenberg und Neviges ein. Velbert diente den Besatzern als Durchgangsstation, Langenberg und Neviges galten sowohl als Durchgangsstation als auch als dauerhaftes Stationierungsquartier.

Die zwangsweisen Einquartierungen der französischen Soldaten brachten für die Bevölkerung unvermeidlich eine räumliche Einschränkung und es kam häufig zur Beschlagnahmung von privaten Wohnräumen. Politische Veranstaltungen und öffentliche Versammlungen unterlagen der Meldepflicht, es bestand eine Ausweispflicht. Die Errichtung einer abgabepflichtigen Zollgrenze um das Ruhrgebiet schränkte den Personenverkehr ein, da die Reisenden bis 1924 einen Passierschein benötigten. Durch die strenge Zollpolitik der Besatzer wurde die Ein- und Ausfuhr deutscher Produkte massiv behindert, was den Import

französischer und belgischer Waren begünstigte. Daher kam es im Grenzgebiet häufig zu heftigen Auseinandersetzungen und zum Warenschmuggel. Die Produkte wurden an der Zollgrenze streng kontrolliert oder sogar konfisziert. Allein in Velbert wurden in 65 Betrieben die Geschäftsbücher beschlagnahmt und 7 Firmen mit hohen Zollstrafen belastet. Die Gesamthöhe der Strafen betrug 325.275 Goldmark. Durch die Einführung der Zollgrenze wurden die drei niederbergischen Städte wirtschaftlich vom Reich abgeschnitten. Dies erschwerte die industriellen Tätigkeiten und führte zu Einschränkungen in den Betriebsabläufen. Die aggressiven Maßnahmen der Besatzer verursachten massive Produktionsausfälle und Betriebsschließungen, die zu einem kompletten Zerfall der Industrie führten.

Das Zusammenleben zwischen den Einwohnern und den Soldaten gestaltete sich konfliktreich und war feindselig und angespannt. Die willkürlichen Ausweisungen und Verhaftungen erhitzten das Klima in den drei niederbergischen Städten. Es gab immer wieder Misshandlungen, Schlägereien, Übergriffe, Diebstähle, Beleidigungen sowie Sabotageakte und Anschläge seitens der Bevölkerung.

Im Februar 1923 wurden in Velbert kurzfristig die sogenannten Kolonialtruppen stationiert. Das Auftreten der überwiegend aus Nordafrika stammenden Soldaten löste in Velbert große Empörung aus. Sie wurden als "schwarze Schmach", "Primitive" oder "Wilde" beschimpft. Die Propagandakampagnen bezichtigten sie zu Unrecht sexueller Gewalttaten gegen deutsche Frauen und Kinder. Aufgrund der internationalen politischen Resonanz wurde die Einheit rasch zurückgezogen.

Die Inflation, die zunehmende Geldentwertung und die dramatische Steigerung der Preise von Lebensmitteln und Bedarfsprodukten beeinträchtigten zusätzlich die katastrophale wirtschaftliche Lage. Durch die Lohnerhöhungen erhofften die Beschäftigten die Kaufkraftverluste auszubalancieren. Es folgten Kurzarbeit und anschließend massive Entlassungen. Der totale wirtschaftliche Zusammenbruch ließ die Zahl der arbeitslosen und hilfsbedürftigen Menschen dramatisch ansteigen. Es herrschte überall Hunger, Not und Elend. Die Städte bemühten sich der Bevölkerung zumindest die Versorgung der Lebensmittel – insbesondere Kartoffeln und Milch – zu garantieren.

Die französische Ruhrbesetzung, der passive Widerstand und die Inflation hatten wie im ganzen Reich auch in den drei niederbergischen Städten eine desaströse Wirkung. Mit der Einführung der Rentenmark im November 1923, die die Inflation bremste und der Bevölkerung ein spartanisches Existenzminimum gewährte, entspannte sich die wirtschaftliche und soziale Lage. Am 15. September 1924 rückten die französischen

Besatzungseinheiten aus Neviges und am 30. September 1924 aus Langenberg ab. In Velbert blieben sie bis zum 21. Mai 1925. Der endgültige Truppenabzug der Franzosen erfolgte am 25. August 1925.

3. Die trügerischen guten Jahre (1924-1929)

3.1 Velbert

Mit dem Abbruch des Ruhrkampfes, der gelungenen Währungsneuordnung und dem Ende der französischen Besetzung begann eine Phase der wirtschaftlichen Erholung. Bis 1925 stieg in Velbert die Zahl der Einwohner um 5%. In diesem Jahr zählte die Stadt 17.323 Christen evangelischer Konfession und 7.370 Katholiken. Im Gegensatz zu Langenberg und Neviges wuchs in den 1920er-Jahren in Velbert die Zahl der jüdischen Einwohner. 1925 waren es 69 Personen.

Einer der wichtigsten Arbeitsgeber der Stadt war die Metallindustrie, in der drei Viertel der Erwerbstätigen beschäftigt waren. Die Schloss- und Beschlagindustrie, die in der Nachkriegszeit ein gutes Geschäft erzielen, erlebten 1925/26 eine wirtschaftliche Krise. Als Folge stellten viele kleine, kapitalschwache Firmen den Betrieb ein. Ab dem Jahr 1927 erholte sich die wirtschaftliche Lage etwas. Die Schloss- und Beschlagindustrie konnte sogar amerikanische Investoren anlocken. Das Velberter Gießereigewerbe lieferte seine Produkte nicht nur an die nationalen, sondern auch an die internationale Industrie.

1924 stellte der Düsseldorfer Architekt Hecker eine neue moderne Stadtplanung vor, die den Ausbau der zahlreichen Straßen und den Bau der Wohnungs- und Geschäftshäuser vorsah. In diesem Jahr wurde der Bahnstrecke von Velbert nach Heiligenhaus ausgebaut und am 1. April für den ersten Güterverkehr eröffnet. Am 26. November nahm der neue Velberter Hauptbahnhof seinen Betrieb auf. Am 31. März 1925 wurde der Bahnhof Velbert-West eingeweiht.

1927 entschloss sich die Stadt, das alte Krankenhaus in ein hochmodernes Großkrankenhaus auszubauen. Ebenso erweitert und modernisiert wurden die Velberter Schulen, die Wasserversorgung und die städtische Badeanstalt und Gesundheitsfürsorge. Im gleichen Jahr wurde ein modernes Feuerwehrhaus an der Schulstraße errichtet und eine Müllabfuhr eingeführt.

Zu den großen Bauten Velberts gehörte die 1.200 Personen fassende "Jubiläumshalle", die 1927 fertig gestellt wurde. 1928 wurde ein neues Polizeidienstgebäude eingeweiht, sowie das Rathaus und das Amtsgericht aufgestockt und erweitert. Am 16. Februar 1929 wurde das Velberter Heimatmuseum im Bürgermeisterhaus in der Friedrichstraße eröffnet.

Nach jahrelangem kommunalpolitischem Kampf und ehrgeizigen Bestrebungen des Bürgermeisters Tweer wurden 1928 die Bauernschaft Rottberg, der Großteil von Richrath und ein Gebietsstreifen von Vossnacken an Velbert umgemeindet. Während der kommunalen Neugliederung 1927-1929 versuchte der Bürgermeister vergebens, Velbert zur kreisfreien "Plateaustadt" auszudehnen. Mit dem Neugliederungsgesetz vom 22. Juli 1929 war die Stadt im Landkreis Düsseldorf-Mettmann eingegliedert.

3.2 Langenberg

Die kleine Stadt Langenberg verfügte zwar über eine Eisen- und Straßenbahn, die Verkehrsanbindung wurde jedoch 1924 durch die Eröffnung der Straße Nierenhof-Wilhelmshöhe noch verbessert. 1927 wurde beschlossen, die Stadt zu kanalisieren. Trotz der vielfachen Anreize, war die Ansiedlung der Industrie- und Gewerbebetriebe zögerlich. Im Juli 1928 wurden Teile von Nordrath, Richrath, Vossnacken, Wallmichrath und Windrath von Hardenberg-Neviges nach Langenberg umgemeindet. Damit wurde die 10.000-Einwohnermarke übersprungen. 1925 zählte die Stadt über 81% Protestanten und über 17% Katholiken. Die Zahl der jüdischen Einwohner, die im Jahr 1921 noch 16 betrug, war im Jahr 1925 auf 10 gesunken.

Zu dem wichtigsten Arbeitgeber der Stadt zählte die Textilindustrie. In der Weimarer Zeit erlitt die Langenberger Wirtschaft, die von der Seiden-, Papier- und Metallindustrie geprägt war, einen ökonomischen Einbruch. Die zwischen 1921 und 1923 erweiterten Langenberger Eisenbahnwerkstätten wurden am 22. April 1930 stillgelegt. Die Stadt beklagte sich über die hohe Arbeitslosenzahl.

Den Höhepunkt einer kurzzeitig ansteigenden positiven Entwicklung bildete die Errichtung des Langenberger Senders, der offiziell am 15. Januar 1927 den Betrieb aufnahm. Die Bauarbeiten der Sendehalle auf dem Hordtberg begannen Anfang Juli 1926 und dauerten bis Mitte Dezember. Der Zentralsender des Westdeutschen Rundfunks wurde das Zentrum öffentlichen Interesses. Langenberg profitierte von der neuen Attraktion der Stadt, die zahlreiche Besucher anlockte. Die Stadtverwaltung organisierte daraufhin eine sonntägliche Eisenbahnverbindung und brachte Wegweiser für die Besucher an. Für die Touristen wurden 1927-1929 neue Hotel- und Pensionsanlagen gebaut. Bei Wallmichrath entstand 1929 ein Segelfuggelände, das eine überregionale Bedeutung bekam.

3.3 Neviges

Am 9. September 1922 wurden Neviges vom preußischen Staatsministerium die Stadtrechte verliehen. Offiziell nach Verordnung trug die neue Stadt den Doppelnamen Hardenberg-Neviges bis 1931. Erst ab 1931 fungierte die Stadt mit dem Namen Neviges.

Im Jahr 1925 zählte Neviges 13.299 Einwohner, davon waren 64,6% Protestanten und 32% Katholiken. Die Zahl der jüdischen Einwohner betrug im gleichen Jahr 21, sank jedoch im Jahr 1933 auf 15. Im Stadtgebiet existierten insgesamt 17 Schulen, die in den 1920er-Jahren von etwa 1.500 Schülern besucht wurden.

Fast 40% der erwerbstätigen Bevölkerung waren in der Eisen- und Metallindustrie und 15,6% in der Textilindustrie beschäftigt. Zu Beginn der 1920er-Jahre erlitt die Textilindustrie einen wirtschaftlichen Einbruch, in den Jahren 1927/28 jedoch erlebte das Geschäft einen Aufschwung, so dass 1928 wieder mehr Arbeiter beschäftigt werden konnten. Neviges war ein wichtiger Wallfahrtsort und der Pilgerverkehr mit 300.000 Pilgern in den Sommermonaten stellte einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor dar.

Im Mai 1925 brach plötzlich in Neviges eine Typhusepidemie aus. Bis Ende Juni wurden 62 Typhusfälle registriert, davon 3 mit Todesfolgen. Anfang November stieg die Zahl der Erkrankten auf 330. Es wurden von den entsprechenden Behörden zahlreiche Schritte zur Eindämmung der Epidemie ergriffen. Als Folge der Typhusepidemie begann die Stadt im August 1926 die Wasserversorgung zu verbessern und eine Kanalisationsanlage zu bauen, deren Errichtung allerdings bis in die 1930er-Jahre dauerte. Seit 1926 wurde jeden Monat das Trinkwasser kontrolliert und das Rohrnetz gespült. Trotz der Erfolge dieser Maßnahmen gab es bis 1929 weitere Krankheitsfälle.

1926 erarbeitete der neue Stadtbaumeister Henry Prahl eine moderne Stadtplanung für Neviges. Es wurden zahlreiche Straßen ausgebaut und die Stadt durch Eilzüge besser in die Reichsbahnstrecke eingebunden. 1928 wurde am Tal des Hardenberger Baches der erste Golfplatz des Bergischen Landes eröffnet, der sogar im ganzen Reich zu einem der ersten zählte.

4. Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Weimarer Republik (1929-1933)

Der Zusammenbruch der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929 war der Auslöser der Weltwirtschaftskrise, die Deutschland besonders hart traf. Die verschlechterte wirtschaftliche Lage führte auch in den niederbergischen Städten zu Produktionseinstellungen, Firmenzusammenbrüchen und Insolvenzen. Die Velberter Schloss- und Beschlagindustrie konnte in den Jahren 1930-1932 nur die Hälfte ihrer Produkte exportieren. Der Baumarkt kam

nahezu zum Erliegen. Die Produktionsrückgänge in der Eisenindustrie zwangen in Neviges die Unternehmen, den Betrieb ganz aufzugeben. In Langenberg wurden die Eisenbahnwerkstätten, die wichtigsten Arbeitgeber der Stadt, im Jahr 1930 geschlossen. Auch in der Textilindustrie gab es zahlreiche Entlassungen, die besonders die weiblichen Arbeitnehmer traf. Massenarbeitslosigkeit war die Folge, die eine beschleunigte Verarmung und soziale Not in sich brachte. Von 1929 bis 1933 stieg die Zahl der Erwerbslosen stark an. Im Februar/März 1932 waren in Velbert etwa 5.000 Personen, in Neviges etwa 1.700 und in Langenberg 1.030 arbeitslos. Die Zahl der Wohlfahrtsempfänger erhöhte sich dramatisch, was dementsprechend die Stadtausgaben ansteigen ließ. Parallel brach das Steueraufkommen der Städte ein. Nach dem bald eintretenden Zusammenbruch der ausgeschöpften städtischen Finanzen herrschte überall Hungersnot. Das soziale Elend belastete die Bürger zudem psychisch. Die materielle Knappheit, die Auswegs- und Hoffnungslosigkeit bereiteten den Boden für die demagogischen Parolen der links- und insbesondere rechtsradikalen Parteien. Die Ortsgruppen der NSDAP, die in Neviges und Langenberg 1923 und in Velbert 1925 entstanden, hatten im politischen Umfeld der drei Städte keine Bedeutung. Durchschnittlich zählten sie 50 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen von 1928 bekam die NSDAP nur 0,7%. Der Aufstieg der Nationalsozialisten in Velbert beruhte auf sozial bedingten Aspekten. Die vielfältige Propaganda der NSDAP riss die junge Bevölkerung und insbesondere die Velberter Selbstständigen wie den gewerblichen Mittelstand, kleine Fabrikanten und nicht zuletzt die Beamten mit. Zwischen 1930 und 1932 wuchsen in allen drei Orten, besonders aber in Velbert und Neviges, die Ortsgruppen der NSDAP bedeutend an. Die Reichstagswahlen vom Mai 1928, September 1930 und Juli 1932 veranschaulichen den Aufstieg der NSDAP in den drei niederbergischen Städten:

	<u>20.05.1928</u>	<u>14.09.1930</u>	<u>31.07.1932</u>
Velbert	130 (0,6%)	2.730 (13,7%)	4.982 (24,7%)
Langenberg	314 (etwa 6%)	1.061 (15%)	2.055 (32%)
Neviges	187 (etwa 2%)	1.331 (17%)	2.234 (30%)

5. Reichstagswahlen vom 20.05.1928, 14.09.1930 und 31.07.1932

	<u>20.05.1928</u>	<u>14.09.1930</u>	<u>31.07.1932</u>
KPD	54 (10,6%)	77 (13,1%)	89 (14,2%)
SPD	153 (28,7%)	143 (24,5%)	133 (21,5%)
DDP	25 (4,9%)	20 (3,7%)	4 (1,0%)
Zentrum	62 (11,9%)	68 (11,7%)	75 (12,4%)
DVP	35 (8,7%)	30 (4,5%)	7 (1,1%)
DNVP	73 (14,2%)	41 (7,0%)	37 (5,9%)
NSDAP	12 (<u>2,6%</u>)	107 (<u>18,3%</u>)	230 (<u>37,2%</u>)

6. Daten

9. November 1918	Abdankung Kaiser Wilhelms II./Ausrufung der Republik
10. November 1918	Bildung des Rates der Volksbeauftragten
Anfang Januar 1919	Spartakusaufstand
15. Januar 1919	Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs
19. Januar 1919	Wahlen zur Nationalversammlung
11. Februar 1919	Friedrich Ebert wird zum ersten Reichspräsidenten gewählt
28. Juni 1919	Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles
11. August 1919	Weimarer Reichsverfassung tritt in Kraft
13.–16. März 1919	Kapp–Putsch
6. Juni 1920	1. Reichstagswahlen (Verluste der Weimarer Koalition)
27. April 1921	Festsetzung der Reparationen auf 123 Mrd. Goldmark
26. August 1921	Ermordung des früheren Finanzministers Matthias Erzberger
16. April 1922	Vertrag von Rapallo
24. April 1922	Ermordung des Außenministers Walther Rathenau
11. Januar 1923	Ruhrbesetzung
13. Januar 1923	Aufruf zum passiven Widerstand
26. September 1923	Abbruch des passiven Widerstands
8./9. November 1923	Hitlerputsch in München
15. November 1923	Einführung der Rentenmark/Ende der Inflation
29. August 1924	Dawesplan wurde vom Reichstag angenommen
26. April 1925	Paul von Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt
14. Juli 1925	Beginn der Räumung des Ruhrgebiets
16. Oktober 1925	Vertrag von Locarno
8. September 1926	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund
27. August 1928	Unterzeichnung des Kellogg–Paktes
25. Oktober 1929	New Yorker Börsencrash/der “Schwarze Freitag“
12. März 1930	Annahme des Youngplanes durch den Reichstag
29. März 1930	Ernennung Heinrich Brünings zum Reichskanzler
Bildung des autoritären Präsidialregimes	
14. September 1930	Reichstagswahlen/NSDAP wird zweitstärkste Partei
11. Oktober 1931	Bildung der Harzburger Front
31. Juli 1932	Reichstagswahlen/NSDAP stärkste Fraktion
30. Januar 1933	Hitler wird zum Reichskanzler ernannt/“Machtergreifung“

7. Die Parteien

Rechte Flügel

- **Deutsche Volkspartei (DVP)**: Aus Anhängern des rechten Flügels der Nationalliberalen Partei ging die Deutsche Volkspartei hervor. Als monarchisch gesinnte Partei war sie Gegner der parlamentarisch-demokratischen Republik. Sie vertrat vorwiegend die Interessen der Großindustrie und des Großhandels. Gründungsmitglieder waren Hjalmar Schacht und Gustav Stresemann. Als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages wandte sich Stresemann von den Monarchisten ab und befürwortete die Weimarer Republik.
- **Deutschnationale Volkspartei (DNVP)**: Sie entstand aus der Vereinigung der ehemaligen konservativen Gruppen, der Deutschkonservativen, der Freikonservativen, sowie der Deutschvölkischen. Als Anhänger der Monarchie war sie antirepublikanisch und antidemokratisch bis sie 1928 unter ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg endgültig eine extrem rechtsradikale und den Weimarer Staat verneinende Position einnahm.
- **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)**: Sie trat erst am Ende der 20er Jahre in Erscheinung. Als Deutsche Arbeitspartei 1919 gegründet, wurde sie nach dem Eintritt Adolf Hitlers in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannt. Sie kämpfte erbittert gegen die Republik und die Weimarer Parteien, die sich in dem für das Entstehen antidemokratischer und rassistischer Kampfgruppen günstigen Klima des Freistaates Bayern rasch ausdehnte. Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches wurde die Partei verboten und blieb in den Jahren der Konsolidierung der Republik bedeutungslos. Die Parteiorganisation wurde allerdings auf Reichsebene neu aufgebaut und in den angeschlossenen Verbänden der SA und SS, sowie der Hitlerjugend straff gegliedert. Mit dem Ansturm der Rechtsopposition im Volksbegehren gegen den Youngplan und vor allem mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise setzte der Massenzulauf zur NSDAP ein. Bei den Reichstagswahlen vom 14.09.1932 wurde sie die zweitstärkste Partei und damit ein Machtfaktor im politischen Leben.

Linke Flügel

- **Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD)**: Sie spaltete sich 1917 von der SPD ab. Die USPD forderte die gewaltsame Errichtung einer Räterepublik nach russischem Muster, sowie die sofortige Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmen und des Großgrundbesitzes. Alle Macht im Staat sollte auf die Arbeiter- und Soldatenräte übergehen. Sie lehnten die Republik und das parlamentarische System kompromisslos ab.
- **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**: Sie wurde durch den Zusammenschluss des Spartakusbundes mit den Bremer Linksradiakalen auf einem Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin gegründet. Die KPD entwickelte sich seit Mitte der 20er Jahre zu einer unter dem Diktat Moskaus stehenden Kaderpartei. Sie lehnte den Parlamentarismus grundsätzlich ab und betonte die internationale Solidarität des Proletariats. Nach ihrer Forderung sollte die kapitalistische Marktwirtschaft durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.

Demokratische Parteien

- **Sozialdemokratische Partei (SPD)**: Ziel dieser Partei war die Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaates nach westlichem Vorbild durch Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die SPD war gegen jede Diktatur und jeden Putsch.
- **Das Zentrum**: Die Forderungen dieser Partei glichen denen der Bayerischen Volkspartei (BVP). Das Zentrum und die BVP strebten in erster Linie eine Absicherung der bürgerlichen Freiheiten im Rahmen christlicher Grundsätze und die Erhaltung der nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft an. Beide Parteien plädierten für die föderalistische Ordnung des Reiches, wobei die BVP die Eigenstaatlichkeit Bayerns besonders betonte.
- **Deutsche Demokratische Partei (DDP)**: Diese linksliberale Partei entstand aus der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei. Sie berücksichtigte besonders die Belange des Mittelstandes und forderte einen demokratischen Staat des sozialen Rechts unter Beibehaltung der Privatwirtschaft und unter Einschränkung monopolartiger Herrschaftsmacht.